

Landtagswahl in Brandenburg am 22.09.2024

Was die Parteien zu Hochschule und Forschung sagen

Die meisten Parteien, die in Brandenburg zur Landtagswahl antreten, bieten an, sog. Wahlprüfsteine einzureichen, d.h. Fragen, deren Beantwortung darüber Aufschluss geben soll, welche politische Richtung die jeweilige Partei in der nächsten Legislaturperiode einschlagen will.

Die Landesfachgruppe Hochschule und Forschung hat die Gelegenheit wahrgenommen und 9 Fragen zur Wissenschaftspolitik gestellt. Die Antworten der Parteien sind auf der Webseite der Landesfachgruppe veröffentlicht.

<https://www.gew-brandenburg.de/hochschule-forschung/landesfachgruppe-huf/>

Teil 6: Zu geplanten Gesetzesvorhaben

Unsere Fragen

(9) Welche Gesetzesvorhaben hochschulpoli;scher Art will ____ in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Die Antworten der Parteien

Die SPD betont bisher Erreichtes und sieht davon ab, konkrete Zukunftsvorhaben zu benennen.

Die CDU stellt ebenfalls keine konkreten Gesetzesvorhaben vor, sondern verweist auf die in ihrem Wahlprogramm formulierten Ziele: Mehr Hochschulautonomie, weniger Detailsteuerung, Entbürokratisierung, Planungssicherheit von für Hochschulen, Erhöhung der Partizipation.

Die FDP möchte neben ihren Entbürokratisierungs- und Deregulierungsvorhaben auch konkrete strukturelle Ziele erreichen, wie z.B. die Schaffung einer Landesstiftung für Wissenschaft, die Einrichtung von Senior-Professuren oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Wissenschaft.

Grüne, Linke und Freie Wähler sehen vor allem im Bereich Arbeits- und Studienbedingungen Nachbesserungsbedarf.

Die Grünen wollen den Diskriminierungsschutz an den Hochschulen stärken (etwa durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz) und Gleichstellungsbeauftragte mit einem Organklagerecht ausstatten.

Die Linke möchte auch die soziale Situation der Studierenden und die demokratische Mitbestimmung in der Hochschule verbessern.

In ähnlicher Weise setzen die Freien Wähler einen Schwerpunkt in der Vertretung studentischer Belange, so z.B. bei Bau- und Sanierung von Studierendenwohnheimen, studentischem Wohnngeldprogramm, verbesserten Konditionen für das Semesterticket und Verzicht auf Rückmeldegebühren.

